

S C H O N S
RECHTSANWÄLTE
DUISBURG • DÜSSELDORF

RAE SCHONS • POSTFACH 520119 • 47148 DUISBURG

Unser Zeichen:

Ihr Zeichen:

Datum:

23.05.2007
schu\D2/12281

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen,

in obiger Angelegenheit nehme ich Bezug auf das soeben geführte Telefonat.

Ich hatte Ihnen gegenüber bereits meine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, wie meine diversen Veröffentlichungen zur Umsatzsteuerproblematik, u.a. im Anwaltsblatt von einigen Kolleginnen und Kollegen aufgenommen worden sind.

Auch bei nochmaligem Durchlesen meiner Veröffentlichung konnte ich einen Anlass für die Fehlinterpretation nicht auffinden.

Es ist stets davon die Rede, daß bei den eigentlichen Gerichtskosten stets und ausschließlich die Partei Kostenschuldner ist, so daß auch die vom Rechtsanwalt verauslagten Gerichtskosten niemals mit Umsatzsteuer belegt werden **dürfen**.

Dies ergibt sich aus Nr. 152 UStR und demgemäß ist in meinem Artikel auch nur von dem bösen Schein gewarnt worden, der dadurch entstehen kann, daß Gerichtskostenrechnungen und Vorschußanforderungen – entgegen den gesetzlichen Bestimmungen – oftmals an Anwälte adressiert sind.

KANZLEI DUISBURG

HERBERT P. SCHONS
RECHTSANWALT & NOTAR
auch *FACHANWALT FÜR VERKEHRSRECHT*

LEHRERSTR. 15
47167 DUISBURG

TELEFON: 02 03 / 99 482-0
TELEFAX: 02 03 / 99 482-22

INTERNET:
<http://www.rae-schons.de>

E-MAIL:
kontakt@rae-schons.de

KANZLEI DÜSSELDORF

FATOME ZERARI
RECHTSANWÄLTIN

HÜTTENSTR. 4
ECKE GRAF-ADOLF-STR.
40215 DÜSSELDORF

TELEFON: 02 11 / 6008 02 30
TELEFAX: 02 11 / 6000 544

INTERNET:
<http://www.rae-schons.de>

E-MAIL:
kontakt@rae-schons.de

BANKVERBINDUNG

SPARKASSE DUISBURG
(BLZ 350 500 00)
KTO-NR. 207 00 49 46

STADTSPARKASSE
DÜSSELDORF
(BLZ 300 501 10)
KTO-NR. 101 313 32

KOOPERATIONSPARTNER:

GROSSER
KANZLEI FÜR WIRTSCHAFTS-
UND KAPITALMARKTRECHT
DÜSSELDORF

SCHÄFER, WP & STB
KÖLN

Wer will also es völlig ausschließen, daß bei einer Betriebsprüfung mit dem Schwerpunkt Umsatzsteuer ein Betriebsprüfer auf die Idee kommt, zu argumentieren, hier sei eine an den Rechtsanwalt adressierte Rechnung aus dessen Vermögen gezahlt worden und deshalb handele es sich um eine umsatzsteuerbare Leistung.

Natürlich könnte man gegen einen entsprechenden Bescheid erfolgreich sofort Einspruch einlegen aber der von mir empfohlene Weg ist sicherlich der angenehmere.

Also nochmals:

Kostenschuldner für Gerichtskosten oder Kostenvorschußanforderungen ist und bleibt der Mandant.

Legt der Rechtsanwalt Gerichtskosten – aus welchen Gründen auch immer – aus eigenem Vermögen vor, so bleibt es ein durchlaufender Posten, der nicht mit Umsatzsteuer zu belegen ist.

Gleichwohl die Empfehlung nach wie vor:

Vermeiden Sie den bösen Schein und achten Sie darauf, daß die Gerichtskostenrechnungen **ordnungsgemäß** adressiert sind.

Keine durchlaufenden Posten sind nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums Positionen, bei denen der Anwalt der Kostenschuldner ist, auch wenn er derartige Positionen anschließend vom Mandanten ersetzt verlangen kann.

Hierzu zählen:

- Gebühren für Handelsregisterauszüge und Grundbuchauszüge, die in der Entscheidung vom BayObLG als „Gerichtskosten“ bezeichnet worden sind.
- Die Aktenversendungspauschale
- Kosten beim Einwohnermeldeamt soweit die Anfrage nicht ausdrücklich namens und im Auftrag des Mandanten gestellt wurde
- Gewerbeauskunftskosten etc.

Fazit:

Immer dort, wo der Rechtsanwalt nun einmal der Kostenschuldner ist, müssen die verauslagten Beträge dem Mandanten mit Umsatzsteuer in Rechnung gestellt werden.

Dort, wo die Partei und nicht der Rechtsanwalt Kostenschuldner ist, darf keine Umsatzsteuer erhoben werden.

Es bleibt aber die Empfehlung, den bösen Schein zu vermeiden.

Mit freundlichen koll. Grüßen

Rechtsanwalt